Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 62. Freitag den 6. Februar 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das 1. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 21. Februar d. J. auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1. Verordnung wegen Abänderung von §. 52 der Verordnung vom 2. Januar 1864, die strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betreffend; vom 22. December 1879.
" 2. Bekanntmachung, die Zulassung zu den pharmaceutischen Prüfungen betr.; vom 24. December 1879.
" 3. Verordnung, die Einführung einer neuen Arzneitaxe betreffend; vom 24. December 1879.
" 4. Bekanntmachung, die Festsetzung des Betrags der für die Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1880 zu gewährenden Vergütung betreffend; vom 5. Januar 1880.

Leipzig, den 4. Februar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stöß.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 28. Februar 1878 wird hiermit das unbefugte Fahren und Reiten auf den Wegen des Johannisthals bei Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft untersagt.

Leipzig, am 29. Januar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Den 12. Februar 1880, Vormittags 10 Uhr und folgende Tage sollen von dem Unterzeichneten in dem „Gasthof zum wilden Mann" zu Lützschena 280 Stück Rohrstühle, 27 Stück Tische in verschiedenen Größen, 101 Stück Biergläser mit Zinndeckel, 293 Stück Biergläser ohne Deckel, 1 Büfferschrank, 1 Glasschrank, 4 Stück verschiedene Spiegel, 11 Stück verschiedene kleinere Kronleuchter, 17 Stück rothe Gardinen, 17 Stück weiße Zuggardinen, 1 Bockleiter u. s. w. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 4. Februar 1880.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
i. v. Steinbeck.

Bekanntmachung.

Den 16. Februar 1880, Nachmittags 3 Uhr

soll von dem Unterzeichneten in der Restauration zur „Sängerhalle" in Lindenau, Ecke der Joseph- und Aureliensstraße,

1 großes Orchestrion mit 10 Walzen

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 5. Februar 1880.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
i. v. Steinbeck.

Das Ministerium Taaffe.

Wenn wir die Sache recht erwägen, so ist in diesem Augenblicke Graf Taaffe bereits ein todter Mann, denn, nach allen Anzeichen zu schließen, ist das Verschwinden des cisleithanischen Cabinets, des mit so viel Aplomb in die Welt gesetzten Coalitionsministeriums, nur noch eine Frage der Zeit. Die Krisis besteht; das leugnet selbst die officiöse Presse der Kaiserstadt an der schönen blauen Donau nicht, aber die Krankheit hat den Charakter eines schleichenden Fiebers angenommen, welches den czechenfreundlichen Excellenzen früher oder später die Portefeuilles kosten wird. Die kurze Geschichte des Cabinets Taaffe ist für die innere Geschichte Oesterreichs so bezeichnend, daß es wohl der Mühe verlohnt, den Versuch zu machen, mit einigen Worten die complicirte politische Lage in Wien im Interesse des Lesers zu entwirren. Man wird sich dabei der Erkenntniß nicht verschließen können, daß dem polyglotten Oesterreich der gemeinsame Staatsgedanke, daß seinen Völkern das Bestreben fehlt, sich willig und rückhaltlos der gegebenen Staatsform unterzuordnen. Die schönen Tage von Aranjuez sind rasch genug an Graf Taaffe vorübergezogen. Als vor einigen Monaten das von ihm gebildete Ministerium mit dem Programm eines Ausgleichs der streitenden Parteien und Nationalitäten und der Versöhnung der abseits der Reichsvertretung schmollenden böhmischen Czechen ins Leben trat, da erklärte die gesammte liberale Presse Oesterreichs, daß es Reaction und Verfassungsconflicte bedeute. Es war ja auch in der That vollkommen unmöglich, die widerspänstige feudale Partei zu friedlicher Zusammenarbeit auch nur mit den gemäßigten Liberalen zu bewegen, da ihr die Verfassung, welche diese schützen und entwickeln wollen, ein Dorn im Auge ist; und vollends undenkbar war eine Befriedigung der czechischen Forderungen ohne Verletzung des Deutschthums, das in Oesterreich die einzig sichere Grundlage der gemeinsamen Staatsexistenz bildet. Der Eifer der Czechen war durch die Einverleibung neuer czecho-slavischer Volkselemente in das österreichische Reichsgefüge durch die Annexion von Bosnien stärker angereizt worden, und es war vorauszusehen, daß ihre Ansprüche mit edler Dreistigkeit wachsen würden, anstatt bescheidener zu werden. Das Beispiel der prätentiösen Czechen mußte dann ansteckend wirken auf die übrigen nicht deutschen Nationalitäten des Kaiserstaates, die ihrerseits die nämlichen Rechte in Anspruch nehmen, die man jenen etwa bewilligen möchte. So hatte man ein vollkommenes Recht, dem Plane Taaffe's und seiner Lehre von der politischen Beglückung der cisleithanischen Völker eher alles Andere zu prophezeien, als das Resultat friedlicher Versöhnung der verhetzten Parteien und der sich in den Haaren liegenden Nationalitäten.

Die jüngsten Tage haben dies vollkommen bestätigt. Die wie immer maßlosen Czechen und nach ihnen die Slovenen, Italiener ꝛc. sind mit Forderungen hervorgetreten, deren Erfüllung die Einheit Cisleithaniens völlig zerstören und das Regieren in Oesterreich völlig unmöglich machen muß; ja mehr noch, die eine Erdrückung des germanischen Elementes, in dem allein die Bürgschaft freiheitlicher Culturentwickelung vorhanden ist, in den Landestheilen mit gemischter Bevölkerung zur unausbleiblichen Folge haben würde. Die Einführung anderer als nicht deutscher Sprachen in den inneren Verkehr der Behörden der verschiedenen Landestheile würde die Deutschen aus ihnen gänzlich ausschließen und sie zwingen, den Schulunterricht „national" zu gestalten; und beides würde den „nationalen" Particularismus in Oesterreich fördern, der den Kaiserstaat auseinander zu treiben, überhaupt den verfassungsmäßigen Verband des Landes aufzulösen droht. Die Befriedigung der czechischen Erwartungen allein würde aus der Zweitheilung des Reiches, die sich in den letzten ungarischen Wirren schon so verhängnißvoll erwiesen, zum Mindesten eine Dreitheilung durch Schaffung eines autonomen Böhmens herbeiführen. Ebenso klar hat sich auch die Tendenz des Ausgleichsgedankens nach dem Recepte Taaffe's in seinen Folgen gezeigt. Der feudal-conservative und deutsch-feindliche Charakter der Czechen hat den österreichischen Vollblut-Feudalen willkommene Bundesgenossen und einen erheblichen Machtzuwachs in den Reichsdelegationen gebracht, welche diese natürlich nicht zur Bekämpfung des verhaßten deutschen Liberalismus verschmähen werden.

Auch für das Ausland und speciell für uns im Deutschen Reiche sind diese verzwickten Verhältnisse von eminenter Bedeutung. In den jüngsten Debatten der österreichischen Reichsvertretung über die auswärtige Politik des Ministeriums sind in dieser Beziehung besonders denkwürdig die Reden des czechischen Volksführers Rieger, des böhmischen Feudalen Graf Clam-Martinitz und des ehemaligen conservativen Ministers Baron Hübner, welche alle drei als Candidaten für offenstehende Ministerstellen in Aussicht genommen gewesen waren. Sie haben sämmtlich die auswärtige Politik Andrassy's und Haymerle's deshalb, nur deshalb bekämpft, weil diese ihre Spitze gegen Rußland richtet, für welches die Kategorien, deren Vertreter die genannten drei Männer sind, warme Sympathien im Sinne des Panslavismus hegen. Es ist klar, daß, wenn diese Strömungen in die Regierung dringen, es mit dem deutsch-österreichischen Bündniß zu Ende wäre, und Rußland in seiner Feindschaft gegen Deutschland einen viel willigeren Bundesgenossen als an Frankreich an Oesterreich fände; die Gefahr wäre um so bedenklicher, als es in der älteren Generation der österreichischen Kaiserfamilie Elemente giebt, welche die gleiche Gesinnung wie das Kleeblatt Rieger, Clam-Martinitz, Hübner hegen. Gegenwärtig soll freilich der Kaiser Franz Josef ernst gesonnen sein, die Wiener Abmachungen vom October vorigen Jahres zu erfüllen, und sicherer fast noch zwingt die jetzige Orientpolitik Oesterreichs dessen Regierung zur Anlehnung an Deutschland und zur Bekämpfung der slavo-czechischen Bestrebungen, die nothwendig mit jedem Anwachsen des russischen Einflusses an Uebermuth zunehmen müssen. Unter diesen Umständen haben gerade die Enthüllungen Rieger's, Martinitz' und Hübner's über die auswärtig-politischen Bestrebungen ihrer Gesinnungsgenossen vielleicht zunächst den Plan Taaffe's durchkreuzt und wenigstens jene drei Männer für das Ministerium unmöglich gemacht; und gegenüber den deutschfreundlichen Aeußerungen Haymerle's, die durch sie provocirt worden sind, ist ein Zusammenwirken desselben mit deutschfeindlichen Czechen und Feudalen auf die Dauer undenkbar geworden. In diesem Puncte ist das Coalitionscabinet sterblich. Unfähig, sich durch den Zuzug frischer Kräfte bemogen zu ergänzen, ohnmächtig die Bismarck-Andrassy'schen Abmachungen zu sprengen, hat es den Zersetzungsproceß von innen heraus begonnen. Es wäre müßig, die Frist bestimmen zu wollen, wann seine ruhmlose Laufbahn vollendet und das feudal-klerikal-nationale Consortium in das Nichts versunken sein wird. In Wiener politischen Kreisen werden bald Ostern, bald Pfingsten als Endtermine für den Beschluß seiner Wirksamkeit genannt. Gleichviel! Einstweilen scheint es, als sei dem Coalitions-Ministerium herzlich schlecht zu Muthe und als seien seine letzten parlamentarischen Erfolge nichts mehr und nichts weniger als Pyrrhussiege.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 5. Februar.

In der Umgebung des Reichskanzlers spricht sich — so schreibt man uns aus Berlin — ein gewisses Unbehagen über die widerstrebenden Elemente innerhalb der conservativen Partei aus. Soll doch Fürst Bismarck selber geäußert haben, daß er mit solchen hochkirchlichen und feudalen Männern (von denen er diesen und jenen bekannteren Namen in seiner drastischen Manier charakterisirte) im wohlverstandenen Interesse des Staats nicht eine gedeihliche Wirksamkeit ausüben könne. Die Freunde des Kanzlers verhehlen deshalb nicht, daß es verlorene Liebesmüh gewesen sei, Deutsch- und Neuconservative zu verschmelzen, anstatt die Elemente zu einer ministeriellen Partei aus denjenigen staatsfreundlichen Fractionen zu entnehmen, welche bisher schon ihre Geneigtheit zu einem ersprießlichen Zusammenarbeiten bewiesen haben. Die freiconservative „Post" verleiht dieser Ansicht einen sehr kategorischen Ausdruck, indem sie geradezu verlangt, die widerstrebenden altconservativen Elemente aus der conservativen Partei auszuscheiden. Dafür will sie, daß aus Freiconservativen, Neuconservativen und Nationalliberalen eine Regierungspartei gebildet werde. Unter liberalen Abgeordneten läßt man dahingestellt, ob die „Post" vom freiconservativen oder officiösen Standpuncte aus spricht. Aber in Regierungskreisen hält man die Verlebendigung der längst gehegten Bismarck'schen Idee, eine ministerielle Phalanx zu schaffen, gerade jetzt für geboten. Soweit wir indessen, — schreibt man uns weiter — die Intentionen innerhalb der nationalliberalen Partei kennen, sieht kaum zu erwarten, daß im Reichstage (und von diesem kann hier nur die Rede sein) die Neubildung einer solchen Partei erfolgt. Es heißt tendenziöse Politik treiben, wenn die „Post" behauptet, die Mehrheit der Nationalliberalen habe unter dem Vorantritt Miquel's wiederholt gezeigt, daß sie von den doctrinären Tendenzen früherer Zeit mehr und mehr sich befreit hat und jetzt alles Verständniß für die conservative Methode in der Politik besitzt. Wäre Dem wirklich so, dann hätte der Abg. Miquel ein schlechtes Verständniß für die Pläne der Conservativen und ihrer Protectoren besessen. Er würde alsdann nicht nur seinen Platz im Abgeordnetenhause wieder eingenommen, sondern sich auch um eines der freigewordenen Mandate im Reichstage beworben haben. Indem er aber Beides unterließ und sich auf seinen Frankfurter Bürgermeisterstitz zurückzieht, beweist dieser feinfühlige und intelligente Führer der Nationalliberalen, daß er die Zeit nicht darnach angethan erachte, eine solidarische Verbindung mit den Conservativen auf Kosten des Zusammenhalts seiner eigenen Partei zu erstreben. Es ist begreiflich, daß die Botschafterfraction im Reichstage einen Ausweg aus ihrer Vereinsamung sucht, aber gewiß ist, daß die Nationalliberalen das Fusionsprogramm zurückweisen, gleichgültig, ob es von gouvernementaler oder freiconservativer Parteitaktik inspirirt ist. So weit unser Gewährsmann.

* Berlin, 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieth heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über Erwerb der Rheinischen und der Potsdam-Magdeburger Bahn. Abg. Röckerath bemängelte namentlich dem ersteren Unternehmen gegenüber den Kaufpreis als zu hoch und warnte vor Ueberstürzung bei Umtausch der Consols. Abg. v. Wedell-Malchow wies die Forderung des Vorredners nach Vorlegung eines allgemeinen Umwandlungsplanes zurück, da eine solche den staatlichen Interessen zuwider sei und der Börsenspeculation Thür und Thor öffnen würde, und verbreitete sich über die voraussichtlichen segensreichen Folgen der Durchführung des Staatsbahnsystems. Abg. Berger äußert den Wunsch nach einer größeren Berücksichtigung der rechtsrheinischen Gegenden gegenüber den bisher bevorzugten linksrheinischen. Regierungscommissar Geh. Rath Brefeld wies die Befürchtungen, die Rheinische Bahn möchte sich nicht im Verhältniß zu dem Ankaufspreis rentiren, als ungerechtfertigt zurück, und sagte bezüglich der Kündigung von Beamten schonendstes Vorgehen zu. Abg. Windthorst hielt seine Bedenken gegen die eingeschlagene Eisenbahnpolitik aufrecht und war der Meinung, Preußen könne ohne Genehmigung der braunschweigischen Regierung nicht den braunschweigischen Theil der Potsdamer Bahn in Verwaltung nehmen. Finanzminister Bitter sicherte bei der Kündigung der Prioritäten die größte Vorsicht zu und legt die der Vorlegung eines Umtauschplans entgegenstehenden Bedenken dar; an der Einführung der preußischen Consols am englischen Markte sei die Regierung in keiner Weise betheiligt. Abg. Hammacher wies eine Reihe der von den Gegnern der Vorlage erhobenen Bedenken namentlich gegen den Ankauf der Rheinischen Bahn zurück. Nachdem Abg. Virchow den bekannten Vorgang der Versendung von Circularen eines Privatbankhauses an Actionaire der Potsdamer Bahn unter dem Siegel der Reichsbank nochmals zur Sprache gebracht, erklärt der Finanzminister diesen Vorfall aus einer allerdings mißbräuchlichen und mit einem Verweis bestraften Verwendung des Dienstsiegels durch einen Kanzleibeamten. Der Arbeitsminister Maybach sucht die Ausschließung der Anhalter Bahn von dem directen Verkehr über Bebra nach Frankfurt aus technischen Gründen zu rechtfertigen. In namentlicher Abstimmung gelangt alsdann §. 1 der Vorlage mit 223 gegen 144 Stimmen zur Annahme. Nach längerer Debatte, die sich insbesondere über die Frage der Gewinnung auswärtiger Geldmärkte für preußische Consols, aber auch über eine große Reihe anderer wirthschaftlicher Fragen verbreitet, wurde auch §. 2 und sodann die übrigen Paragraphen der Vorlage angenommen. Alsdann wurde der Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der hessischen Strecke der Main-Weser-Bahn der Eisenbahncommission überwiesen, und schließlich die Vorlage, betreffend das Höferecht in der Provinz Hannover, nach Empfehlung der Abgg. v. Bennigsen, Windthorst und anderer hannoverschen Abgeordneten in erster und zweiter Lesung angenommen.

Als der jüngste Reichstag die vielen neuen Steuern bewilligte, wurden uns goldene Berge verheißen von den Ueberschüssen, die in die Cassen der einzelnen Staaten fließen sollten, und von den Erleichterungen, die uns Allen bei den directen Steuern und namentlich den Städten durch Zuwendung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer erwachsen sollten. Indessen sind alle diese Hoffnungen gescheitert. Das Reich, so scheint es, hat keinen Groschen übrig, sondern bedarf abermals neuer Steuern, um die Militairvorlage und die Erhöhung des Reichsheeres um 25,000 Mann durchzuführen. Als die ins Auge gefaßten Steuern werden jetzt von kundiger Seite bezeichnet: 1) die Börsensteuer mit Einschluß der Quittungssteuer, 2) die Brausteuer, 3) die Militairsteuer für solche junge Leute, die zum Militairdienst nicht eingezogen werden, obgleich sie zum Erwerb nicht unfähig sind. „Im Grundsatze muß man — schreibt die K. Z. — eine Steuer dieser Art als durchaus gerecht und billig anerkennen. Es giebt keine größere Ungleichheit und Unbilligkeit, als daß von zwei jungen Leuten der eine zum dreijährigen Militairdienst eingezogen wird und der andere, weil er eine höhere Nummer zieht oder wegen eines sonst unerheblichen körperlichen Fehlers, dem Militairdienste entgeht, von der schwersten Last, welche der Staat auferlegt, gänzlich befreit bleibt."

Man mag sich in der badischen Examenfrage noch so entschieden gegen die Regierung aussprechen, eine Anerkennung muß man ihr zugestehen, daß sie nämlich in der beabsichtigten Neuregelung ihres Verhältnisses zur Curie den geraden Weg der Legislative wählt und nicht den der uncontrolirbaren Verwaltungs- und Verordnungsbefugniß. Die letztere Methode scheint nicht blos den Beifall des preußischen Cultusministers zu haben, der es ja gegenwärtig beispielsweise für erlaubt hält, von den Gerichten eine „einsichtsvolle Rücksichtnahme auf den augenblicklichen Stand der Kirchenpolitik" zu verlangen, sondern auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen zeigt eine beunruhigende Connivenz zu den ultramontanen Aspirationen, beunruhigend namentlich deshalb, weil die Consequenzen seiner Maßnahmen leicht über seine eigenen Absichten und Wünsche hinauswachsen können. „Eine ortskundige Persönlichkeit — so

SLUB
Wir führen Wissen.